Deutscher Bundestag
1. Wahlperiode
1949

Drucksache Nr. 1826

Antrag

der Fraktion der KPD

betr. Wahrung der Interessen der aus dem westlichen Ausland ausgewiesenen Deutschen.

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird verpflichtet, dem Bundestag beschleunigt einen Gesetzesentwurf zur Wahrung der Interessen der aus dem westlichen Ausland ausgewiesenen Deutschen zuzuleiten, der die nachstehenden Forderungen berücksichtigt:

1. Alle aus dem westlichen Ausland ausgewiesenen Deutschen, die Inhaber des Flüchlingsausweises A sind, werden in jeder Hinsicht den übrigen Inhabern eines solchen Ausweises gleichgestellt.
2. Anerkennung der im Ausland gezahlten Beiträge zu den Sozialversicherungen aller Art, auch den Privatversicherungen, und Übernahme der aus diesen Beitragsleistungen entstandenen oder später erwachsenden Ansprüche durch die Bundesregierung.
3. Übernahme der Kosten des in Holland vorgeschriebenen sogenannten „Entleindungsverfahrens" durch die Bundesregierung.
4. Zu allen Besprechungen und Beratungen in Flüchtlingsfragen innerhalb der Organe der Bundesregierung sind neben den Vertretern anderer Flüchtlingsorganisationen auch Vertreter des „Interessenverbandes der vertriebenen Holland-Deutschen im Bundesgebiet e. V. in Düsseldorf", des „Interessenverbandes Übersee in Wunsdorf" und des „Interessenverbandes der vertriebenen Luxemburg-Deutschen in Trier, Dietrichstraße 32" als Sachverständige für die Wahrung der Interessen der aus dem westlichen Ausland ausgewiesenen Deutschen heranzuziehen.
5. Den Länderregierungen ist zu empfehlen, dafür Sorge zu tragen, daß zu allen Flüchtlingsbeiräten auf Verlangen Vertreter der obengenannten Organisationen zugezogen werden.
6. Im Bundesministerium für Vertriebene ist ein besonderes Referat für die Bearbeitung der Angelegenheiten der aus dem westlichen Ausland ausgewiesenen Deutschen zu schaffen und mit einem Vertreter der obengenannten Organisationen zu besetzen.

Bonn, den 23. Januar 1951

Renner und Fraktion

Druck: Peter Meier, Buisdorf-Siegburg